



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.  
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:  
Berlin O. 27, Schiesslerstraße 5.  
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt bestellt werden. Bezugspreis 2,10 M. pro Vierteljahr inklusive Postgebühren.

Nr. 36.

Berlin, den 8. Dezember 1918.

13. Jahrgang.

## Ebert—Haase — ein Bündnis?

Als nach den Revolutionstagen eine Regierung Ebert-Haase gebildet wurde, war man in unsern Kreisen sehr verwundert. Vielen von uns wollte diese Tatsache nicht in den Kopf. Wir konnten es nicht verstehen, wie Vertreter unserer Partei mit den Scheidemännern eine gemeinsame Regierung bilden konnten. Man hat uns die verschiedensten Gründe genannt, wonach nach Lage der Dinge eine andre Möglichkeit, die Revolution zu sichern, nicht gegeben gewesen sei. Die Gründe hatten viel für sich. Und doch: Je länger je mehr zeigt sich, daß eine Zusammenarbeit mit den Ebert und Scheidemann unmöglich ist, oder dazu führt, daß unsere Partei, daß die Sache des Proletariats, die Revolution dabei unter die Räder kommt. Es hat Parteigenossen gegeben und gibt es noch, die nun gar aus diesem zeitweiligen Zusammenhänge oder -arbeiten, besser Auseinanderarbeiten, die Schlussfolgerung gezogen haben, als Hände nunmehr auch einer Vereinigung mit den Regierungssozialisten nichts mehr im Wege. Diesen Traum träumen vor allem viele Mehrheitssozialisten; sie würden gerne ihr Gewissen beruhigen, wenn ihre Sünden damit in Vergessenheit geraten würden. Wir antworten: Das gibt es nicht, kann es nicht geben. Eine geradezu prächtige Begründung hierfür finden wir in einem Artikel der „Freiheit“ gegen den „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ hatte es gewagt, in seiner Nummer vom 3. Dezember noch einmal auf die Kriegskredite zurückzukommen. Er, dessen Politik durch das Kriegsende so schmachlich zusammengebrochen ist, mühte sich ab, die Bewilligung der Kredite als richtig zu erweisen. Darauf antwortete ihm die „Freiheit“:

### Keine Geschichtsfälschung!

Der „Vorwärts“ wird übermütig. Er läßt sich beifallen, an die Haltung der Mehrheitssozialisten während des Krieges zu erinnern und sie zu verteidigen. Er denkt offenbar, auch heute noch die Urteilslosen mit Unerschrockenheit blaffen zu können. Und stolz schreibt er: Ja, wir haben die Kriegskredite bewilligt. Da müssen denn doch die Tatsachen festgestellt werden.

Die Bewilligung der Kriegskredite am 1. August war ein Verrat an den sozialistischen Grundfäden, die die schärfste Opposition gegen den imperialistischen Eroberungskrieg forderten. Niemand, der das alte System kannte, konnte nur einen Moment lang im Zweifel sein, daß der siegreiche deutsche Militarismus die Welt als willkommene Beute behandeln, daß er im Innern eine neue Zwingherrschafft errichten werde. Sein Sieg hätte Deutschland in eine Hochburg der Reaktion verwandelt und alle übrigen Staaten zu einem Rachebund vereinigen müssen. Es lag nicht an den Rechtssozialisten, daß es anders gekommen ist.

Die Kreditbewilligung war das Signal für die völlige Demoralisierung der Partei. Der Nationalismus vergiftete die Gehirne. Die ärgste Hege gegen die anderen Nationen, gegen die Sozialisten anderer Länder wurde unter der Führung der „Chemnitzer Volksstimme“ und des „Hamburger Echo“ systematisch getrieben. Ein Teil der Mehrheitssozialisten schmiedete die wildesten Anstellungspläne, identifizierten sich bald mit den einen, bald mit anderen Annektionsplänen. Jedes internationale Solidaritätsgefühl wurde mißachtet, die Arbeiterklasse durch Proklamierung des Burgfriedens politisch entmannt. Dunkle Existenzen gewannen Einfluß auf die Parteipolitik; die Partei hatte nicht die Kraft, sie abzuschütteln, ebensowenig wie die Unmenschen in ihren eigenen Reihen. Um so unerbittlicher, systematischer

und raffinierter wurden von den Partei- und Gewerkschaftsinstanzen verfolgt und an die Wand gedrückt alle die, die an den sozialistischen Grundfäden festhielten.

Die Kreditbewilligung und ihre Konsequenzen haben schließlich die Einheit des Proletariats gebrochen, die Partei gespalten. Sie haben dem einen Teil die Selbstbetätigung seiner Anhänger genommen und ihre lebendigen politischen Energien gelähmt; auf der anderen Seite gerade die Charakterfesten, entschlossensten, aufopferndsten proletarischen Kämpfer mit tiefem Mißtrauen erfüllt und sie für die radikalsten, deutschen Verhältnisse oft nicht ganz angepaßten Lösungen empfänglich gemacht, ihr Vertrauen zu sich selbst, zu den breiten Massen des Proletariats erschüttert.

Sie haben die Partei gespalten und diese Spaltung durch ihre Politik vertieft und gesiegt zu der Zeit der imperialistischen Weltmacht, als die Einheit des Proletariats zu erhalten sozialistische Pflicht gewesen wäre. Sie haben es nicht getan, sondern die Einheit preisgegeben, wie sie den Sozialismus preisgegeben hatten. Die Folgen wirken nach. Wie ganz anders wäre heute unsere Arbeit, wie ungeteuer härter die Stellung des Sozialismus, wie viel reibungsloser unsere Arbeit, wenn wir einzig geblieben wären. Wir konnten nicht einzig bleiben, weil wir aufgehört hatten, sozialistische Politik zu machen.

Die Kreditbewilligung hat die Internationale gesprengt, die Kriegspolitik ihre Wiederaufrichtung unmöglich gemacht. Die Rechtssozialisten haben sich in ihren Kriegsziele nie auf den demokratisch-sozialistischen Boden gestellt, sie haben diese Forderung abgelehnt, sie haben sich eingesetzt für die Erhaltung der Integrität Oesterreichs und der Türkei, für fremde dynastische Herrschafts- und Unterdrückungsziele. Sie haben das Selbstbestimmungsrecht der Nationen abgelehnt und alle Kriegsmarxisten losgelassen, um es zu verhöhnen.

Sie haben dadurch in der ganzen Welt das Vertrauen in die demokratische Zuverlässigkeit des deutschen Volkes vernichtet, die Betrachtung der Völker über Deutschland heraufgeschworen. Ihre Politik hat die Stellung der feindseligen Kriegspolitik von allen Angriffen der demokratischen Parteien geschützt, sie tragen schwere Mitschuld an der Erbarmungslosigkeit der Kriegsbedingungen.

Sie haben den Krieg verlängert. Der „Vorwärts“ behauptet, sie hätten unablässig nach zwei Seiten gekämpft, gegen die Rechtspolitiker und gegen die Unabhängigen, die vom Sieg der Entente das Glück der Welt erwarteten. Unwahr und verleumderisch! Sie haben die Rechtspolitiker in den eigenen Reihen geduldet. Ihr Kampf bestand nach der einen Seite darin, daß sie, wenn die Kriegslage ungünstig war, mit Worten gegen die Annektionisten weiter protestierten, mußten genau, daß ihre Worte der Wind verwehen würde, wenn der Sieg den anderen die Macht ließe, ihre Pläne zu verwirklichen. Sie waren nicht einmal gutgläubig.

In ihren Taten aber haben sie alles getan, was die Kriegstreiber nur wünschen konnten. Sie haben die Kredite bewilligt, sie haben die Massen mit Kriegsbegeisterung erfüllt, sie haben alle ihre Mittel, die politischen organisatorischen wie die finanziellen in den Dienst der Kriegsführung gestellt. Sie haben immer wieder den Massen vorgegaukelt, daß nur die Gegner an der Kriegsverlängerung schuld seien, daß der Weg zum Frieden nur über den deutschen Sieg gehe. Sie haben für den ukrainischen Frieden gestimmt, sie haben nicht einmal mehr so viel politisches Reingehaltsgefühl besessen, den Frieden von Brest-Litowsk abzulehnen!

Sie haben jeder Bewegung gegen den Krieg das Rückgrat gebrochen, jede wirklich selbständige und energische Aktion der Arbeiterklasse mit allen Mitteln

gehindert. Sie sind nicht nur Mitschuldige, sie sind mit die Hauptschuldigen an der Verlängerung des Krieges.

Sie haben geduldet, daß die Unabhängigen niedergebeugt worden sind von den Machhabern, daß Deutschland umgewandelt wurde in einen Justizhausstaat, in dem Grabesruhe herrschen mußte, in dem die Herrschenden schalteten und waliteten wie sie wollten. Ihr Protest war die Teilnahme an der Hege gegen die Unabhängigen!

Und sie hatten nicht einmal den guten Willen. „Wir wußten um die Schuld der deutschen Kriegstreiber, wenigstens viele von uns waren von ihr überzeugt.“ So schreibt wirklich der „Vorwärts“. Sie wußten es und haben das Gegenteil gesagt, genau so wie Reichmann und Zagow und Zimmermann! Dieselbe Einsicht, dieselbe Moral! Die Massen waren zu untreu für die Wahrheit und deshalb mußten sie getäuscht werden. Und in demselben Atemzug reden sie von ihrem Vertrauen in die Massen!

Täuschung bisher, Täuschung heute! Sie haben, versichert der „Vorwärts“, Wilhelm davongelagt und über seinen Sturz geurteilt. Ja doch, als der Zusammenbruch da war, sind sie in das Ministerium Rath von Baden gegangen und haben sich schützend vor Monarchie und Bürgerium gestellt. Als es klar war, daß Wilhelm nicht mehr zu halten, als alles, alles einzig war, er müsse fort, da haben sie sich der Forderung angeschlossen, um Schlimmeres — die Revolution — zu verhindern. Als dann aber der Sturmwagen der Revolution, von der Unabhängigen Sozialdemokratie gelenkt, brausend dahinfuhr, und sie hinter nachgelaufen und als er das Ziel erreicht hatte — ohne sie —, da haben sie sich von rückwärts auf die Sitze geschwungen! Jetzt möchten sie freilich mit dabei gewesen sein!

Rein, das Urteil über diese Politik hat die Geschichte gesprochen und ihr Widerspruch lautet: kurz, sichtlich und feig. Und ein Appell ist unnötig. Denn die Begründung des Schuldspruches lautet: Ja, ihr habt die Kriegskredite bewilligt!

## Und immer wieder gegen die Unabhängigen.

Die Novemberrevolution ist der zielsichereren revolutionären Teil der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu danken; natürlich nicht in dem Sinne, daß wir die Revolution gemacht hätten. Revolutionen kann man nicht machen. Das haben wir in diesen Blättern oft ausgesprochen. Die Verhältnisse müssen eine gewisse Reife erlangt haben. Aber unserer Meinung nach mußten alle Vorbereitungen getroffen, mußte die Richtung bestimmt werden, in die die Bewegung zielbewußt gelenkt werden mußte. Und das ist von unserer Partei geschehen gegen den Willen der Regierungssozialisten. Und als die Bewegung erfolgreich war, kamen alle jene Elemente, die bisher feindselig dagestanden und suchten, wie bei allen Revolutionen, die Bewegung zu verwässern und sich die Herrschaft anzumessen. Das taten die Regierungssozialisten. Dabei wurden sie und werden sie tagtäglich von den Anhängern der alten Ordnung unterstützt, weil man weiß, daß die Ebert und Scheidemann es sind, die der kapitalistischen Herrschaft nicht ernsthaft an den Kragen gehen wollen. Von allen Seiten wird eine Ergedenheitsmache an die Regierung Ebert inszeniert. Selbst die Seeresleitung ist bei dieser Treiberei beteiligt.

Wie sie das tut, geht aus einem Dokument hervor, das die „Leipz. Volksztg.“ an die Öffentlichkeit gezogen hat und das folgenden Wortlaut hat:

das in gewaltigen Massen unter den gesamten Fronttruppen verbreitet wird, und das die Unterschrift Hindenburgs trägt. Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:

1. Das Ziel der inneren Umwälzung ist die politische Gleichberechtigung aller. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Stimme eines jeden einzelnen zur Geltung kommt und das Ergebnis aller Stimmen eine Nationalversammlung die zukünftige Gestaltung Deutschlands regelt.

2. Unabhängige und Spartakusleute wollen die Einberufung der Nationalversammlung verhindern. Sie wollen vielmehr die Herrschaft einer Klasse oder einer Partei.

3. Unabhängige und Spartakusleute wollen ihre Klassenherrschaft, die ohne jede Mitwirkung des Feldheeres zustande kam, auch ohne Mitwirkung des Feldheeres zu einer dauernden Einrichtung machen. Die heimischen Soldaten- und Arbeiterräte folgen ihnen zwar zum großen Teil, aber sie bestehen aus jungen Burschen, die daheim viel Geld verdienten, während das Feldweir unter dauernder Lebensgefahr und unter den größten Entbehrungen an Leib und Seele am Feinde stand.

4. Diese heimischen Arbeiter- und Soldatenräte haben schon jetzt viel Unheil angerichtet.

Beispiele:

- a) Anhalten und Ausladen von Verpflegungszügen, die für das Feldweir bestimmt waren. Wo das Feldweir hungert, hat es dies nur diesen Uebergriffen der heimischen Räte zu verdanken.
- b) Lazarettzüge sind angehalten, das Personal entlassen und die Verwundeten allein, ohne Hilfe, gelassen worden.
- c) Viele Lokomotiven und Eisenbahnwagen sind angehalten, mit denen Teile des Feldheeres in die Heimat befördert werden sollten. Mit ihnen reisen heimische Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat herum oder verwenden sie für andere Zwecke. Das Feldweir muß zu Fuß laufen.
- d) Viele Lastkraftwagen des Feldheeres sind in der Heimat festgehalten und sollen für Transport- und Versorgungszwecke aus.
- e) Kraftwagen, die Befehle überbringen sollten, sind festgehalten. Die Befehle kamen zu spät. Hin- und Herwache sind die Folgen.
- f) Verkehr, Verpflegung und Kohlenversorgung stocken in der Heimat, weil örtliche Arbeiter- und Soldatenräte mit unkundiger Hand eingreifen. Gewiß oft in guter Absicht, die Folgen sind aber Unordnung, Hungergefahr, Arbeitslosigkeit, Miskmut.
- g) Heimische Arbeiter- und Soldatenräte, die vielfach Matrosen, die im Kriege nichts geleistet haben, oder unreihe Burschen an ihrer Spitze haben, haben es gewagt, deutsche Truppenteile des Feldheeres zu entwaffnen. Der Stolz des Feldheeres, die bescheidene Dankbarkeit der Heimat, müßten derartiges verbieten.
- h) Ratsch friedlicher Mensch hat in der Heimat sein Leben lassen müssen, weil gewissenlose und terroristische Elemente versucht haben, eine Gewaltherrschaft aufzurichten.

5. Wenn die radikalen Elemente, die schon soviel Unheil angerichtet haben, völlig zur Herrschaft kämen — und das würden sie, wenn Ebert stürzte —, so würde Deutschland zu russischen Zuständen gelangen. Dort ist alles der sinnlosen Gewaltherrschaft einer kleinen Gruppe unterworfen.

Die Folgen sind:

- Unordnung statt Ordnung,
- Terror statt politische Gleichheit und
- Hunger und Armut statt Wohlstand,
- Brüderkrieg statt Brüderlichkeit,
- Immoralität statt Gerechtigkeit,
- Arbeitslosigkeit statt Arbeit,
- Stillstand statt Freiheit, Verzwöpfung statt Lebensfreude.

Das Familienglück ist zerstört; jeder bangt sich um Frau und Kind, Eltern und Geschwister.

Alle diese Folgen würden noch schwerer auf Deutschland lasten, weil das Wirtschaftsleben bei uns unendlich komplizierter als in Rußland ist und jede Störung sich viel schwerer fühlbar machen würde.

6. Es ist auch nicht daran zu denken, daß die Entente mit uns Frieden schließt, wenn die Unabhängigen, „Spartakus“ und Liebknechtleute die Herrschaft bekommen. Die Vereinigten Staaten haben klar ausgesprochen, daß sie nur mit einer Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, nicht aber mit einer Klasse oder Klasse Frieden schließen wollen. Neues Kriegsgeld würde über uns hereinbrechen, wenn Ebert gestürzt würde.

7. Wenn die Radikalen aus Ruder kämen, würden große Teile Deutschlands sich lösen, da sie den Unsinn nicht mitmachen wollten, große östliche Gebiete abfallen, das linke Rheinufer nicht wieder an Deutschland zurückkommen. Zerstückelung, Kleinstaaterei wären dann die Folgen. Anzeichen sind schon jetzt vorhanden.

8. Daher muß das Feldweir die jegliche Regierung stützen. Sollte sie gestürzt werden, so muß es die bürgerlichen Elemente wieder zur Herrschaft bringen, es muß Ordnung und Freiheit wieder in der Heimat aufrichten, es muß die radikalen Elemente beseitigen, damit wir Frieden bekommen und es muß bolschewistisches Unheil und Elend von der Heimat abwenden.

Es muß jeden, der in die Reihen des Feldheeres Abweitracht säen will — Agenten sind unterwegs — hinauswerfen, es muß sein Mitbestimmungsrecht und die baldige Einberufung der Nationalversammlung fordern.

Das sei der letzte Dienst, den das Feldweir für die Heimat leistet. Kinder und Enkel werden es ihnen unendlich danken.

gez. von Hindenburg.

Dieses Flugblatt ist bezeichnend für die Konterrevolutionären Umtriebe im Heere. Es soll von der Armeeleitung B. stammen und der Name Hindenburg soll gefälscht sein. An der Sache ändert das nichts. Die Regierungssozialisten werden dadurch außerordentlich kompromittiert.

### Die Angst des „Vorwärts“ vor der Revolution.

Vielen der Berliner Arbeiter ist die Angst der Regierungssozialisten vor der Revolution durch Flugblätter der Ebertpartei bekannt geworden. In diesen Blättern wurden die Arbeiter geradezu händeringend gebeten, doch ja nichts zu unternehmen, es gehe doch alles ganz ruhig und zufrieden seinen Weg. Der „Vorwärts“ tat das Seinige. Am Montag, den 4. November, veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, an Arbeiter, Parteigenossen, in dem es u. a. hieß:

„Wie Ihr alle aus den Zeitungen wißt, hat Genosse Scheidemann im Endernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser raten, zurückzutreten.“

Ueber diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Wir fordern Euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen, jeden Tag können wir in die Lage kommen, Euch aufzufordern zu müssen, daß Ihr Euer Wort in die Waagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt gilt es aber, ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von keinerlei Verwirrungsparolen einfangen zu lassen.

Je geschlossener Ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle

#### militärischen Einziehungen

und sonstigen Maßnahmen, die Euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir rasch zu einem dauernden Frieden gelangen, desto ohnmächtiger werden alle Versuche der Reaktion bleiben, sich wieder in den Sattel zu setzen.

Aus unbesonnenen Streichen kann einzelnen von Euch und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolge versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche aber ist jetzt der Augenblick nicht da. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgeht!

In einem zweiten Aufruf, den der „Vorwärts“ am 6. November veröffentlicht, heißt es:

Arbeiter, Arbeiterinnen!

„Das schreckliche Böllermorden geht zu Ende, es kommt kein Gedanke daran, es noch weiter fortzusetzen.“

Der Frieden kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben.

Politisch wird es sich darum handeln, die erlangenen demokratischen Freiheiten zu sichern und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Unglück unseres Volkes verschuldet haben, müssen von ihren Plätzen verschwinden.

Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet, sie sollen vor keiner Person haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein mag.

Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicher zu stellen und den Uebergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungern muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen notwendig.

Diese Aufgaben können aber unmöglich geleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht.

Entstehen Unruhen, so wird die jetzt schon unzureichende Volksernährung ganz ins Stocken geraten, die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungertode ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer noch zu helfen wissen werden. Das ist auch in Rußland so gekommen, und selbst die Gewaltmethoden des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht.

Entstehen Unruhen, so werden weiter zahlreiche Betriebe schließen müssen, und es wird nicht möglich sein, das ungeheure Heer der Arbeitslosen zu ernähren. Für die heimströmenden Kameraden aus dem Felde wird keine Arbeit zu finden sein, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wie sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen Anlaß geben, die weiteres unabsehbares Elend im Gefolge haben werden.

Kann und soll deswegen die Arbeiterklasse auf irgendwelche Forderungen verzichten, die sie im Interesse ihrer künftigen politischen und wirtschaftlichen Freiheit stellen muß? Wir sagen Nein! Dieser würde sie auch die härtesten Folgen für sich selber auf sich nehmen!

Die ungeheuren Opfer, die das arbeitende Volk in diesem Kriege gebracht hat, berechtigen es zu weitgehenden Forderungen. Die Demokratie ist auf dem Marsche und nicht mehr aufzuhalten. Ihr Sieg schafft die Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus. Aber dieser gewaltige Umbau der Gesellschaft kann nicht in Tagen und Wochen vollendet werden, dazu wird noch viel Kampf und Arbeit notwendig sein.

Unsere Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen geben wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange das nur irgend möglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Fleisch schneidet.

Wir sind eine Macht, wenn wir einig sind, machen wir von dieser Macht Gebrauch! Aber hüten wir uns, leichtfertig und ohne Not ein Chaos herbeizurufen, in dem wohl auch unsere Gegner, aber auch wir aufs schwerste leiden müssen!

Darum richten wir an Euch den Ruf: Treiet in Massen ein in die politische Organisation der Sozialdemokratie, in die modernen freien Gewerkschaften! In diesen Organisationen könnt Ihr das vortriebsstrebende Element sein. Aber hütet Euch vor Zersplitterung, vor Arbeiter-Brüderkrieg und vor den Ratschlägen unverantwortlicher Elemente, die Euch zu unbesonnenem Losschlagen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen. Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. Wenn die Arbeiter dahin und dortin laufen oder gar sich gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern nur namenloses Unglück entstehen.

Es geht um Euch und Eure Kinder! Darum noch einmal: Habt die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation. Keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vortriebs zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eine suchtbare Angst, daß die Arbeiter selber handelnd in Erscheinung treten, sprach aus diesen Aufrufen. Der sozialdemokratische Parteivorstand vom „Vorwärts“ warnte vor den unverantwortlichen Elementen, vor „unbesonnenem Losschlagen“. Die Arbeiter sollen keiner Parole folgen, die von einer „unverantwortlichen Minderheit“ ausgeht wird. Die Angst vor der Revolution, wie sie auch in der bürgerlichen Presse zum Ausdruck kam. Aber die Arbeiter folgten diesen Herrschaften nicht, sie folgten der Parole der „unverantwortlichen Minderheit“ und gingen fest und entschlossen dem standhaften Schreckensregiment zu Leibe mit dem Erfolg, den unsere Genossen kennen. Und dann kamen die Scheidemann, rühmten sich der Revolution und suchten die Erfolge für sich zu buchen. Heuschreckengesellschaft!

## Das Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Die Wahl zur Nationalversammlung ist auf Sonntag, den 16. Februar, festgelegt worden. Ueber das Wahlrecht und über die Wahlordnung ist folgendes bestimmt: Das Wahlrecht zur Nationalversammlung darf nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, in dem der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist. Beim Wahlkommissar sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag Wahlvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens hundert im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschreiben.

Der 25. Paragraph der Wahlordnung regelt das Verhaltis zu Deutschosterei:

Bezieht die Deutsche Nationalversammlung, das Deutsch-osterei seinem Wunsche entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-ostereischen Abgeordneten ihr als gleichberechtigte Mitglieder bei. Voraussetzung für den Beitritt ist, das die Abgeordneten auf Grund allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und gleicher Wahlen unter Beteiligung auch der Frauen nach den Grundsätzen der Verhaltismwahl geregelt werden. Die Zahl der Abgeordneten wird auf der Grundlage bestimmt, das durchschnittlich auf 150.000 Seelen ein Abgeordneter entfällt. Der Wahltag braucht mit dem deutschen Wahltag nicht zusammenzufallen.

### Je einen Wahlkreis bilden:

|   | Mit ein-<br>wohnern: | Zu wählen sind<br>Abgeordnete: |
|---|----------------------|---------------------------------|
| 1. Die Provinz Ostpreußen . . . . .   | 2.064.176            | 14                              |
| 2. Die Provinz Westpreußen . . . . .  | 1.703.474            | 11                              |
| 3. Die Stadt Berlin . . . . .   | 2.071.257            | 14                              |
| 4. Die Reichstagswahlkreise Potsdam 1-9, soweit sie zum Regierungsbezirk Potsdam gehören . . . . .   | 1.544.851            | 10                              |
| 5. Der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört . . . . .   | 1.814.578            | 9                               |
| 6. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. . . . .   | 1.233.189            | 8                               |
| 7. Die Provinz Pommern . . . . .  | 1.718.921            | 11                              |
| 8. Die Provinz Posen . . . . .  | 2.089.831            | 14                              |
| 9. Der Regierungsbez. Breslau . . . . .   | 1.841.898            | 12                              |
| 10. . . . . Oppeln . . . . .  | 2.207.991            | 15                              |
| 11. . . . . Silesien . . . . .  | 1.178.583            | 8                               |
| 12. . . . . Magdeburg u. Anhalt . . . . .   | 1.580.118            | 11                              |
| 13. . . . . Merseburg . . . . .   | 1.809.510            | 9                               |
| 14. Die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Lübeck . . . . .  | 1.662.804            | 11                              |
| 15. Die Regierungsbezirke Kurh. und Osnabrück sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck . . . . .  | 1.041.810            | 7                               |
| 16. Die Regierungsbez. Hannover, Silberberg, Lüneburg u. Braunschweig . . . . .  | 2.358.856            | 16                              |
| 17. Die Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe . . . . .  | 1.971.488            | 13                              |
| 18. Der Regierungsbezirk Arnberg . . . . .  | 2.399.849            | 16                              |
| 19. Die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkoden, ferner der Kreis Westlar, von Regierungsbezirken Koblenz sowie Waldeck . . . . .  | 2.251.629            | 15                              |
| 20. Die Regierungsbezirke Rohn und Hachen . . . . .  | 1.940.817            | 13                              |
| 21. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier ohne den Kreis Wehlar, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld . . . . .   | 1.750.819            | 10                              |
| 22. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1-5, soweit sie zum Regierungsbez. Düsseldorf gehören . . . . .  | 1.820.598            | 12                              |
| 23. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6-12 des Regierungsbez. Düsseldorf . . . . .  | 1.597.790            | 11                              |
| 24. Die Regierungsbez. Oberbayern und Schwaben . . . . .  | 2.321.918            | 15                              |
| 25. Die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz . . . . .  | 1.924.615            | 9                               |
| 26. Die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken . . . . .   | 2.303.878            | 15                              |
| 27. Der Regierungsbezirk Pfalz . . . . .  | 987.085              | 6                               |
| 28. Die sächsischen Reichstagswahlkreise 1-9 . . . . .   | 1.771.117            | 12                              |
| 29. Die sächsischen Reichstagswahlkreise 10-14 . . . . .   | 1.165.830            | 8                               |
| 30. Die sächsischen Reichstagswahlkreise 15-23 . . . . .   | 1.870.214            | 12                              |
| 31. Der Neckarkreis und der Jagstkreis . . . . .  | 1.297.538            | 9                               |
| 32. Der Schwarzwalddreis und der Donaukreis sowie der Regierungsbezirk Sigmaringen . . . . .  | 1.211.047            | 8                               |
| 33. Baden . . . . .   | 2.142.838            | 14                              |
| 34. Hessen . . . . .  | 1.282.051            | 9                               |
| 35. Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck . . . . .  | 982.999              | 6                               |
| 36. Die thuring. Staaten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meinungen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Rotha und Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkoden . . . . . | 2.160.692            | 14                              |
| 37. Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade . . . . .  | 1.748.545            | 12                              |
| 38. Nassau-Weiltingen . . . . .   | 1.874.014            | 12                              |

Insgesamt sind demnach 433 Abgeordnete zu wählen.

Nach der Wahlordnung müssen die Wahlkommissare unverzüglich ernannt werden, die Ernennung ist öffentlich bekanntzumachen. Der Wahlkommissar hat spätestens vier Wochen vor dem Wahltag zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch eine Bekanntmachung aufzufordern. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags. Der Wahlkommissar hat die Gewahlen von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären. Schweigen oder Annahme unter Vorbehalt oder Verwahrung gilt als Ablehnung.

## Nach der russischen Revolution.

In diesen Tagen wird auch in Parteilagen vielfach auf Rußland hingewiesen. Nun ist es sicherlich ja schon, schematisch von einem Lande auf ein anderes zu erempfinden, wenn man die Verhaltisse unberücksichtigt läst. Immerhin aber darf doch daran erinnert werden, das auch in Rußland eine Sozialisierung nur allmählich vor sich gehen konnte und heute noch nicht beendet ist.

Es ist auch heute noch von gewissem Interesse, was Lenin in seiner groben Rede am 28. April, also 6 Monate nach der letzten Revolution, über das Wirtschaftsprogramm darlegte. Wir entnehmen daraus folgende Stellen:

In den bürgerlichen Revolutionen bestand die Hauptaufgabe der arbeitenden Massen in der zerkleinernden, vernichtenden Tätigkeit, dem Vandalismus, der Monarchie, den militärischen Institutionen gegenüber, wobei es der bürgerlichen Minderheit verhaltismaßig leicht war, die positive oder organisatorische Arbeit zu verrichten.

Die Hauptaufgabe des Proletariats und des von ihm geführten armen Bauernums hingegen besteht während einer jeder sozialistischen Revolution — und somit auch in der in Rußland am 25. Oktober 1917 begonnenen — in der politischen Arbeit, in der auferst komplizierten Schaffung bedeutenden organisatorischen Verhaltisse der planmäßigen Erzeugung und Verteilung der Produkte.

Die ersten zwei Aufgaben der Partei, die die für die Existenz von Millionen und Abermillionen von menschlichen Wesen notwendig sind. So eine Revolution kann aber nur dann erfolgreich sein, — wenn die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ihr tatsächlich beistimmt, wenn die Arbeiter und Bauern zielbewußt, selbstlos mit entsprechender Ueberzeugung und Ausdauer für den Erfolg der Revolution arbeiten.

Durch die Schaffung des neuen Staatsgebildes, das den arbeitenden Massen die Möglichkeit gibt, sich selbstständig an den Aufgaben der neuen Gesellschaft zu beteiligen, ist nur ein Teil der schweren Aufgabe geist worden und nicht der schwerste. Die Hauptschwierigkeit liegt auf dem wirtschaftlichen Gebiete, in der Notwendigkeit, die Produktion der Arbeit zu erhöhen, die strenge Kontrolle der Erzeugung und Verteilung überall durchzuführen bzw. in der tatsächlichen Vergeellschaftung der Produktion.

Vollständigkeit für ihr Programm und ihre Tätigkeit zu gewinnen und die politische Macht zu erobern und den Widerstand der Ausbeuter zu brechen, sind von ihr, wenn nicht gänzlich, was unmöglich wäre, — die Vorbedingung der Konterrevolutionare, die Sowjetmacht zu furzen, sollen nicht unterschatet werden — so doch in der Hauptsache erfillt worden. Die Bolschewiki haben die Volksmassen Rußlands überzeugt, haben Rußland für die Armen von den Reichen erlampft. Jetzt steht die schwerste Aufgabe, die der Verwaltung, vor uns, und nur wenn die Bolschewiki sie gelöst haben werden und die Eigenart dieser Uebergangsperiode verstanden haben werden, werden sie sagen dürfen, das Rußland sozialistisch geworden ist. Dringend notwendig ist, die Wunden, die der Krieg und die Niederlage zugefügt, zu heilen, die Unordnung, die die Bourgeoisie geschaffen und schafft, zu überwinden, ebenso wie alles, was durch die Muhigkeit und den Hunger der Massen hervorgerufen; vor allem handelt es sich um die Sicherung der elementaren Ordnung.

Die Paradoxie es auch scheinen mag, gerade die Durchführung der elementarsten Pflichten, deren Erfüllung bei Revolutionären nur Lohn hervorbringen imstande sind, wenn es sich um Pflichten der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber handelt — selbstverständlich in der Verwaltung von Geldern, verschwende keine Zeit, stelle nicht, sei diszipliniert in der Arbeit. — das alles ist nach der Niederwerfung der Bourgeoisie der Sowjetmacht gegenüber eine heilige Pflicht, von deren Erfüllung das Gelingen der Revolution abhängt und der endgültige Sieg des Sozialismus.

Am erstenmal in der Weltgeschichte ist es einer sozialistischen Partei gelungen, in der Hauptsache die Eroberung der Macht und die Unterdrückung der Ausbeuter zustande zu bringen und an die Verwaltung zu treten, d. h. die auferst schwere Frage der Reorganisierung auf ganz neuer, der tiefsten den wirtschaftlichen Grundlage der Existenz von Millionen und Abermillionen von menschlichen Wesen. Wir müssen uns dieser Aufgabe gewachsen zeigen. Diese Aufgabe ist aber zur gleichen Zeit auch die dankbarste, denn nur nach ihrer Lösung (in den Grundzügen) wird man sagen können, das Rußland nicht nur eine Sowjetrepublik, sondern eine sozialistische Republik ist.

In einem bäuerlichen Lande, das erst vor einem Jahre den Feudalismus gestürzt hat, und vor weniger als einem halben Jahre sich von den Anarchisten befreit hat, besteht nicht wenig Anarchismus, der durch die Verwilderung, die ein jeder reaktionäre Krieg

mit sich führt, verstärkt wird, so das es einer zähen, dauernden Arbeit der besten Klassenbewussten Arbeiterschaft und des Bauernums bedarf, um einen vollständigen Umschwung in der Stimmung der Massen hervorzubringen. Nur so ein Uebergang, von den Proletariaten und Halbproletariaten vollzogen, ist imstande, den Sieg über die Bourgeoisie und vor allem über ihren ja kraftigsten und hartnachlichsten Teil, die Bauernbourgeoisie, zu sichern.

Lenin betont, der Kampf gegen die Bourgeoisie sei in Rußland in eine neue Phase eingetreten von der einfacheren Stufe der Expropriation der Kapitalisten gilt es nun zu der schwereren übergreifen, d. h. zu der Schaffung solcher Verhaltisse, unter denen die Bourgeoisie weder weiter existieren noch wieder entstehen kann.

Im Vergleich mit der revolutionären Entwicklung Mexikos ist Rußland jetzt etwa auf die Stufe von 1873 und 1871 angelangt, wobei, was mit Stolz gesagt werden darf, Rußland einen Schritt weiter gegangen ist durch das Detrieren und Einwirken eines neuen Staatsgebildes, der Sowjets. Bedenken darf man sich aber mit dem Erzielen keineswegs, denn der Uebergang zum Sozialismus hat zwar begonnen, aber das Entscheidende auf diesem Gebiete ist noch nicht geschehen.

Das Entscheidende besteht in der Einführung der strengsten Kontrolle über Produktion und Verteilung; in den Betrieben, die wir der Bourgeoisie abgenommen haben, ist es uns noch nicht gelungen, die Kontrolle, ohne die die Vermehrung der Arbeitsproduktivität, in nationalem Maße unmöglich ist, einzuführen.

Dementprechend erschöpft sich die Aufgabe des gegenwärtigen Momentes nicht ohne weiteres in der einfachen Formel: Die Offensive gegen das Kapital soll fortgeführt werden. Zieht man die besonderen Bedingungen des gegenwärtigen Augenblicks in Betracht, so ist es klar, das, wie im Kriege nach der siegesvollen Eroberung der Hälfte oder drei Viertel eines Territoriums das legendere Heer eine Pause einzutreten läst, um sich für die weitere Offensive zu rufen, so ist es auf der gegenwärtigen Stufe der politischen Entwicklung Rußlands notwendig, daselbst dem Kapitalismus gegenüber zu tun. Gewis bedeutet eine Pause im Kampfe gegen den Kapitalismus nicht das, was sie im Kriege bedeutet; im Kriege ist es möglich, die Operationen zum Stehen zu bringen, bei uns heißt es aber keineswegs, die weiteren Operationen aufzugeben, sondern einfach und allein der Schwerpunkt unseres politischen und ökonomischen Kampfes muß verschoben werden.

Stand früher die Expropriation der Kapitalisten im Vordergrund, so muß jetzt die Kontrolle der Verwaltung der bereits exproprierten Betriebe in den Vordergrund treten. Würden wir im früheren Tempo die Expropriation des Kapitals weiterführen, so würden wir gewis eine Niederlage erleiden, weil die Organisation und die Kontrolle der Produktion sich nicht im gleichen Schritt entwickeln könnte, der Abstand zwischen dem einen und anderen Kampfmittel muß eingeholt werden. Toricht wäre es, zu behaupten, das durch die Anerkennung dieser Notwendigkeit das Einverständnis gemacht wird, das die erste Methode unrichtig gewesen sei. Mit nichten! Wie im Kriege die Kavallerie zuweilen durch die schwere Artillerie ergänzt wird, so müssen auch wir zu diesen Mittel greifen. Es ist der Sowjetregierung vorgekommen worden, durch die rote Garde den Kapitalismus angegriffen zu haben. In einem gewissen Zeitpunkt war so eine „Attake“ notwendig und die rote Garde hat eine historische, reiche Leistung vollbracht, indem sie zur Befreiung der Ausbeuteten von den Ausbeutern beitrug. Die Methode war dadurch zur Notwendigkeit gemacht, als auch der Widerstand der Gegner militärischer Natur war. Nun hat die Erfahrung auf die Notwendigkeit des Aufbaues der Verwaltung hingewiesen und auf die entsprechenden Mittel. Ebenso töricht aber wäre es, zu behaupten, das die „Kontrollinstanzen“ überall und als einziges Mittel anzuwenden seien.

Die Methoden des Kampfes gegen den Gegner müssen den veränderten Umstanden angepaßt werden. Jetzt, wo der militärische Widerstand der Bourgeoisie und die Sabotage besiegt werden, gilt es für die Sowjets, die bürgerlichen Fachleute zwecks so einer Umgestaltung des sozialen Gebildes auszuwählen, die das Ausweichen der Bourgeoisie unmöglich macht.

Zu diesem Zwecke sind Fachmänner, die über technische Kenntnisse und Erfahrung verfügen, notwendig. Der Sozialismus verlangt eine zielbewusste Intensivierung der Produktion auf der vom Kapitalismus geschaffenen technischen Basis, eine Weiterentwicklung über diese hinaus. Der Sozialismus muß das mit eigenen Mitteln tun oder, konkret gesprochen, er muß die Weiterentwicklung mit den Sowjetmethoden verwirklichen. Wäre es dem russischen Proletariate nach der Eroberung der Macht gelungen, auch die Organisation, Kontrolle und Kontrolle der Produktion auf nationaler Basis einzuführen, so hätte es auch die Fachleute sich unterworfen. Da das aber, infolge des Krieges und der Rückständigkeit Rußlands nicht möglich war, sind wir darauf angewiesen, die tatlichsten bäuerlichen Spezialisten für hohen Lohn zur Arbeit heranzuziehen.

Genosse Lenin geht ausführlich darauf ein, das die hohe Entlohnung der Spezialisten einen Kompromiß darstelle den Prinzipien einer jeden proletarischen Macht gegenüber, die die Gleichstellung aller Löhne auf dem Niveau des Lohnes eines Durchschnittsarbeiters, verlangt und den Kampf gegen jedes Strebertum; auch verweist sich Lenin nicht, das die hohe Entlohnung demoralisierend wirken könnte auf alle diejenigen, die sich um die letzten Macht haben können und ihre eigenen Geschäfte machen wollen. Es gibt aber keinen Heersfuhrer, der keinen

Fehler begangen, der zu keinem Rücktritt gezwungen sei; der Feldzug gegen den Kapitalismus ist aber unvergleichlich schwerer und komplizierter als jede militärische Operation. Die Klassenbewußten Arbeiter und Bauern werden aber die Notwendigkeit dieser Maßnahme einsehen und die Ausgabe von 25, 50 oder 100 Millionen jährlich für die Heranziehung von Fachleuten aus Ausland und aus dem Auslande als notwendig betrachten, da sie aus der Erfahrung wissen, daß der Rückstand in technischer und organisatorischer Beziehung um Milliardenfachen zuzunehmen. Je eher die Arbeiter und Bauern die notwendige Arbeitsdisziplin und technische Fähigkeit erlangen werden, um so eher werden sie sich von der Notwendigkeit, den Spekulanten eine solche Entlohnung zu gewähren, befreien. Die Wahrheit muß aber unverhohlen gesagt werden, um die Arbeiterklasse zu erziehen und nicht die Verunsicherungspolitik der Bürgerlichen zu treiben.

Nach der Betonung der Notwendigkeit, die Maßnahmen zu verteidigen, die bereits dekretiert wurden, bei deren Ausführung man aber auf den größten Widerstand stößt — Streikdemonstrieren, Nationalisation des Bankwesens, Einführung einer planmäßigen Vermögens- und Einkommenssteuer, der Zinsdienstpflicht, das strengste Vorgehen gegen die Verfechtung und die Vandalen —, nach der Betonung, daß die Möglichkeit eines sozialistischen Aufbaues Russlands davon abhängt, ob es gelingen wird, durch Ausbezahlung während der Übergangsperiode von einem gewissen „Tribute“ aus Ausland, die innerökonomische Selbständigkeit der russischen Republik zu sichern, geht Lenin auf die politische, erzieherische Bedeutung der Arbeiterdisziplin und Kontrolle ein.

Der Staat ist Jahrhunderte hindurch ein Instrument der Unterdrückung und Wänderung des Volkes gewesen, er hat in den Volksmassen das größte Mißtrauen und eine Feindseligkeit gegen alles Staatliche hervorgerufen; es gilt nun, dagegen einen schweren langen Kampf zu führen. Gerade in der Stellung zur Regelung und Kontrolle der Produktion und Verwaltung der Produktion, macht sich das oben erwähnte Erbe besonders fühlbar. Es wird einer langen Zeit bedürfen, bis die Massen, die sich nach dem Sturz der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie zum erstenmal frei fühlen, aus eigener Erfahrung einsehen und fühlen werden, daß ohne die Regelung und Kontrolle der Produktion die Macht vom Proletariat nicht beibehalten werden kann, und die Wiederherstellung des kapitalistischen Joches unvermeidlich ist. Alle die bürgerlichen und besonders die kleinbürgerlichen Traditionen richten sich gegen die Staatskontrolle, gegen das Eingreifen in das heilige Privateigentum. Gerade jetzt kommt besonders klar zum Vorschein, wie sehr Marx recht hatte, als er behauptete, daß der Anarchismus und Anarchosozialismus kleinbürgerliche Strömungen darstellen, die in unüberbrückbarem Gegensatz zum Sozialismus, zur proletarischen Diktatur, zum Kommunismus stehen. Der Kampf des sozialistischen Bewußtseins gegen die bürgerlich-anarchistischen Strömungen, gegen die verdamnte Art und Weise, die Ergatterung von Brot und Meid für eine persönliche Angelegenheit zu betrachten, dieser Kampf des sozialistischen Bewußtseins gegen die Überbleibsel der verhängnisvollen Vergangenheit ist ein Kampf von der allergrößten kulturhistorischen Bedeutung.

Der sozialistische Staat kann nur als ein Netz von Produktions- und Konsumtions-Kommunen entstehen, die gewissenhaft die Produktion und den Verbrauch regeln und kontrollieren, die die menschliche Arbeit sparen, um zum sechs- und fünfstündigen Arbeitstag zu gelangen. Die Zentralisierung der Produktion verlangt die Sicherung der für die Entwicklung der Großindustrie notwendigen Basis. Auch nach dem Prestier Frieden verläßt Rußland über riesenhafte Vorräte an Erz (Ural), Rohle (West-Sibirien) und Petrol (Kaukasus), im Centrum an Kohle. Die Verarbeitung dieser Naturkräfte unter Anwendung der neuesten Ergebnisse der Technik wird einen ganz außerordentlichen Fortschritt der Produktionsmittel darstellen. Eine zweite Bedingung der Erhöhung der Produktion besteht in der Erhöhung des Kulturstandes der Massen, die mit riesenhaften Schritten vor sich geht. Nur mit Blindheit geschlagenen kann entgehen, wieviel Wissensbedarf und Initiative unter den Massen jetzt zum Vorschein kommt. Nicht minder wichtig ist aber die Erziehung zur Arbeit, zur Disziplin. In dieser Beziehung soll es in Rußland nach der Aussage derjenigen, die sich von der Bourgeoisie haben einschleichen lassen, aber sich in deren Dienst gestellt haben, ganz trübselig sein. Diese Leute verstehen nicht, daß es keine Revolution geben kann, ohne daß die Anhänger des alten Regimes von Zusammenbruch von Anarchie heulen. Es ist selbstverständlich, daß in den Massen, die sich unläßlich von einem unerhörten Druck befreit haben, eine Übung vor sich geht und daß der Ausbau einer neuen Arbeitsdisziplin auf neuer Grundlage viel Zeit erfordert und daß dieser Ausbau vor dem völligen Sieg über die Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie sogar nicht beginnen konnte.

Ohne über dieser künstlichen Verzweiflung zu verfallen, welche von den Bürgerlichen und ihren Helfershelfern verbreitet wird, die an der Möglichkeit ihre Vorrechte beizubehalten, verzweifeln, muß das Uebel keinesfalls verhehelt werden, im Gegenteil, es soll darauf hingewiesen werden und dagegen gekämpft werden, denn der Sieg des Sozialismus ist undenkbar ohne den Sieg über die anarchisch-bürgerlichen Strömungen, die eine Gewähr für einen eventuellen konterrevolutionären Sieg der Kornilow oder Kaledin darstellen.

Die Klassenbewußten proletarischen Elemente des russischen Proletariats haben sich bereits die Aufgabe gestellt, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. Das Zentralkomitee der Metallarbeiter und der Gewerkschaften haben sich an die Ausarbeitung entsprechender

der Maßregeln und Dekrete gemacht. Mit allen Kräfte sollen diese Versuche weiterentwickelt werden; die Errangenschaften der Wissenschaft sollen dazu verwendet werden.

Der Klasse ist ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit den Leistungen der Arbeiter der vorgeordneten Länder, was auch nicht anders sein konnte, dank dem jahrhundertlangen Regime und der Zähigkeit der Leberleistungen der Leibeigenschaft. Die wissenschaftlichen Errangenschaften des Kapitalismus sollen in den Dienst der sozialistischen Produktion gestellt werden, die proletarische Diktatur soll nicht durch die praktische Unfähigkeit, sie auszunutzen, beeinträchtigt werden. Zu dem Wdium, den die Bourgeoisie über den Sozialismus verbreitet, gehört auch die Behauptung, er verneine die Bedeutung des Wettbewerbes; das Gegenteil ist wahr, denn nur der Sozialismus macht durch die Abwägung der Klassen den Wettbewerb in großem Maßstabe möglich. Auch muß die Organisation der Sowjets von der formellen Demokratie zur tatsächlichen übergehend, zur tatsächlichen Anteilnahme der Massen an der Verwaltung, zum erstenmal den Wettbewerb auf breite Basis stellen. Es ist jedoch leichter, es auf politischem als auf ökonomischem Gebiete zu vollziehen, obwohl das ökonomische Gebiet viel wichtiger ist. So hat auf dem Gebiete der Presse die Sowjetmacht bereits die neue Methode angewandt, im Gegensatz zu der bürgerlichen Presse, welche die Massen mit Sensationsromanen abzuwehren sucht, alles aber, was in Werksstätten und Fabriken vorgeht, vor den Arbeitern verheimlicht; sie hat das Handelsgeheimnis, das das geistige Eigentum verteidigt, abgeschafft; aber es ist ihr noch nicht gelungen, die Presse auf ökonomischem Gebiete auszunutzen. Es ist unumgänglich notwendig, systematisch gegen die Verleumdungs- und Verdummungsmethoden der bürgerlichen Presse zu kämpfen, zur gleichen Zeit muß aber die Aufklärung der Arbeiter über die alltäglichen Vorgänge des ökonomischen Lebens organisiert werden. Jede Fabrik, jedes Dorf ist eine Produktions- und Konsumtions-Gemeinschaft, die die allgemeinen Gesetzesbestimmungen des Sowjets anzuwenden hat. Unter dem Kapitalismus waren die Fragen der Produktion und des Verkehrs persönliche Angelegenheiten des Großgrundbesitzers, des Ausbeuters; jetzt unter der Sowjetmacht wird die Frage zu einer Staatsangelegenheit und zwar zu einer der wichtigsten. Eine weitere, schwere, aber dankbare Arbeit besteht in dem Wettbewerb unter den einzelnen Gemeinden; er soll eingeführt werden in der Produktion von Getreide, von Kleidern, ebenso sollen alle Geschäftsbetriebe veröffentlicht werden. Die leikosen, bürokratischen Zahlen sollen zu lebendigen, belebenden Tatsachen werden. Die erzieherische Wirkung des Wettbewerbes, die unter der Herrschaft des Kapitalismus kleinbürgerlich-antipolitisch war, kann erst unter dem Regime der Sowjets in großem Maßstabe entfaltet werden.

Die vorbildlichen Kommunen werden als Erzieher und Lehrer wirken, die Presse soll zum Mittel der sozialistischen Organisation dienen; unter dem Kapitalismus war die Statistik nur zu offiziellen bürokratischen Zwecken verwendet; jetzt soll sie dazu dienen, den arbeitenden Massen beizubringen, wie und wieviel sie arbeiten müssen, wieviel sie ruhen können, wobei die vorbildlichen Kommunen der entsprechenden Belohnung unmittelbar teilhaftig werden sollen: Kürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitslohnes, Teilnahme an einem großen Teil der kulturellen und ästhetischen Genüsse. Keine Klasse kann zum Führer der Gesellschaft werden, ohne die stärksten Kämpfe und Erschütterungen und ohne Versuche, ohne unsichere Schritte. Auch wird ihren Führern, wie jetzt in Rußland unter der proletarischen Revolution, so auch einst in vergangenen Revolutionen in Westeuropa die Unfähigkeit und Inkompetenz vorgeworfen. Gewiß nicht Wochen, sondern Monate und Jahre bedarf es, bis eine bisher unterdrückte Klasse ihre neue Arbeit anbahnt, Organisatoren aus ihrer eigenen Mitte erzieht. Es ist nicht zu verwundern, wenn es der revolutionären proletarischen Macht an gänzlicher Erfahrung mangelt, um Organisationen, die den Bedürfnissen von Millionen und Abermillionen entsprechen können, von heute auf morgen zu schaffen. Aber unmöglich ist es nicht, wenn man das Bewußtsein der Notwendigkeit und Entschlossenheit in der Durchsicherung besitzt, wenn man die nötige Ausdauer in der Verfolgung des schwer zu erreichenden Zieles besitzt. Leute, die große organisatorische Fähigkeiten besitzen, gibt es in Masse, d. h. in den nicht ausbeutenden Klassen genug, der Kapitalismus hat sie massenhaft zermalmert, vernichtet; dem neuen Regime ist es noch nicht gelungen, sie zur Geltung zu bringen. Dieses Ziel ist zu erreichen, wenn man sich mit der entsprechenden Begeisterung daran macht wird. Ohne revolutionären Enthusiasmus gibt es keine feurige Revolutionen, ohne ihn ist keine einzige Volksbewegung möglich.

### Aus dem Geistesreich des Sozialismus.

„Niemand war es schwieriger wie jetzt, Formen und Tempo der kommenden Entwicklung vorauszusagen, wo alle in Betracht kommenden Faktoren, das Proletariat ausgenommen, so unbestimmt und unberechenbar sind.“

Sicher ist nur die allgemeine Unsicherheit. Sicher, daß wir in eine Periode allgemeiner Unruhe, steter Nachverschiebungen eingetreten sind, die, wie immer ihre Formen und ihre Dauer auch sein mögen, nicht eher mehr in einem Zustande länger dauernder Ruhe enden kann, als bis das Proletariat die Kraft erlangt hat, die Kapitalistenklasse politisch und ökonomisch zu expropriieren und damit eine neue Ära der Weltgeschichte zu inaugurierten.“

R. Kautsky: „Der Weg zur Macht“ (Berlin 1910).

### Bourgeois-Sozialismus.

(Den Scheidemännern gewidmet.)

„Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Mißständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern...“

Die sozialistischen Bourgeois wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die notwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren. Sie wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden und auflösenden Elemente. Sie wollen die Bourgeoisie ohne das Proletariat...“

Eine zweite, weniger systematische, nur mehr praktische Form des Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden, durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Falle der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.

Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoissozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird.“

„Das kommunistische Manifest“ (Jan. 1848).

„Es ist ein historisches Gesetz: In den auf Klassen-gegenständen beruhenden Gesellschaftsformationen gehen die großen sozialen Umwälzungen erst vor sich, wenn die herrschende Klasse bereits den höchst möglichen Stand der Konzentration ihrer Macht erreicht hat. Die ökonomische Macht der herrschenden Klasse bedeutet stets zugleich Macht über Menschen, Verfügung über menschliche Arbeitskraft. Damit wird aber der ökonomische Herrscher abhängig von der Macht der Beherrschten. Denn indem er selbst an Macht zunimmt, stärkt er zugleich die Macht derer, die ihm in Klassenfeindschaft gegenüberstehen. Als Beherrschte aber erscheinen sie machtlos. Ihre Macht, die sich erst im Kampf, im Sturze der Macht der herrschenden Klassen beweisen kann, erscheint latent, während die Macht der Herrschenden die allein offensichtliche ist. Erst im Zusammenprall der beiden Mächte, also in der revolutionären Periode, erweist sich die Macht der Unterworfenen als real.“

Rud. Hilferding: „Das Finanzkapital“.

## A. Hoffmann's Verlag

Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur

B. m. b. H.  
Berlin O. 27, Blumenstraße 22, I.

Bestellungen auf alle Erscheinungen des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Es empfiehlt sich, Bestellungen auf Festgeschenke recht frühzeitig aufzugeben.

Schriften-, Theater- und Musikalienkataloge auf Wunsch gratis und franco.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlendungen an Vereine bereitwilligst. (Vereinstempel ist der Bestellung beizubringen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Gesinnungsgenossen entgegengehend  
D. D.

## Gebundene Jahrgänge des Mitteilungsblattes für das Jahr 1917/18

können im Verbandsbüro, Schicklerstr. 5, zum Preise von 12 Mark pro Band abgegeben werden.

Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer.  
Hafelbad, Neukölln, Niemeistr. 10.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!  
Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.  
Bezirk Pichtenberg.  
Bei den letzten schweren Kämpfen im Westen fiel unser Genosse  
Fritz Penker  
Wilhelmstr. 18a, 16. Abt., 5. Viertel.  
Ehre seinem Andenken!

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.  
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.